

Einleitung

1. Das Thema der Arbeit

Wenn schon die Kapitalisten mit der Abstimmung ihrer Wirtschaftstätigkeit bestimmte Ergebnisse anstreben, so hat uns Kommunisten, uns führenden Persönlichkeiten von Staaten mit Planwirtschaft und mit gemeinsamen vereinten Zielen wie man so sagt, Gott selbst befohlen, ein Musterbeispiel an wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu bieten. Der vereinigten Front der Imperialisten können wir eine noch fester geschlossene Einheitsfront unserer sozialistischen Gemeinschaft entgegenstellen.¹

Diese Worte äußerte Nikita Sergeevič Chruščev, auf der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1962. Die Konferenz war ein wichtiger Versuch der Sowjetunion, die Arbeit im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu reformieren. Seine Worte sind für diese Arbeit aus mehreren Gründen interessant: Das Zitat zeigt deutlich die Einigkeit auf, zu der die kommunistische Idee in Chruščevs Augen verpflichtete. Es führt vor Augen, dass die RGW-Zusammenarbeit stets im Gegensatz zur Zusammenarbeit in Westeuropa stand, von der man sich abgrenzen und positiv abheben wollte. Es unterstreicht außerdem die Bedeutung, die die RGW-Beziehungen für die Sowjetunion besaßen. Der RGW-Zusammenarbeit wurde – zumindest von Chruščev – eine historische, hier gar (sicherlich nur rhetorische) göttliche Bestimmung zugesprochen, dem Kommunismus zum Sieg zu verhelfen, womit sie auch einen entsprechend wichtigen Platz in der Legitimation des Systems einnahm.

Der wirtschaftlichen Entwicklung fiel in der Geschichte aller sozialistischen Staaten unbestreitbar eine zentrale Rolle zu, denn aus ihr bezog das sozialistische System einen Großteil seiner Legitimation. Dass die wirtschaftliche Dimension auch in den

¹ Rede des Genossen N. S. Chruschtschow auf der Beratung der ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen- und Arbeiterparteien sowie der Regierungsoberhäupter der Teilnehmerländer des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (1962). BArch DY 30/3481, Bl. 1–69, Bl. 16. Alle Übersetzungen wurden von dem Autor selbst angefertigt. In Fällen, wo die korrekte Schreibweise eines Namens nicht bekannt war, wurde auf die Transliteration der russischen Schreibweise zurückgegriffen.

Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander einen wichtigen Stellenwert einnahm, versteht sich von selbst.

Der Handel im sozialistischen Block war stets politisch wie ideologisch aufgeladen. Wollte man den Kapitalismus besiegen, so war eine intensive internationale Zusammenarbeit unabdingbar. Entsprechend ist der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ein wichtiger Bestandteil der Geschichte des „Ostblocks“ und damit auch der Geschichte des Kalten Krieges.

Diese Arbeit geht davon aus, dass Kenntnisse der Innenstrukturen und Dynamiken der Intra-Block-Handelsbeziehungen unabdingbar sind für ein Verständnis davon, was das „sozialistische Lager“ im Innersten zusammenhielt. Jedoch wird die „Dimension der internationalen politischen Ökonomie“ in der umfangreichen Literatur des Kalten Krieges selten behandelt.² Die Historiographie des Kalten Krieges beschränkt sich nach wie vor allzu oft auf das Wettrüsten, die Entspannungspolitik, Revolten und den wachsenden Handel mit den entwickelten Industrienationen.³ Die wirtschaftlichen Beziehungen fanden lediglich am Rande Beachtung. Es existieren zwar Untersuchungen der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der sowjetischen Einflussphäre, diese machen aber nur einen kleinen Teil der Literatur aus und wurden obendrein zum überwiegenden Teil von Ökonomen und Politologen verfasst, die andere Fragen stellen als Historiker.⁴

Was das dezidiert historische Erkenntnisinteresse angeht, gibt es bislang eher rudimentäre Ergebnisse zum Thema der Wirtschaftsbeziehungen. Doch die Wirtschaft der Intra-Blockbeziehungen in einer wissenschaftlichen Analyse auszuklammern, wäre falsch. Denn während in politischer und militärischer Hinsicht Konsens darüber besteht, dass die Sowjetunion eine klare Leitfunktion im Ostblock innehatte, so zeichnete sich in der Wirtschaft ein anderes Bild ab. Hier war die Sowjetunion zwar mit Abstand stärkste Kraft, die über 70 % des gemeinschaftlichen Nationalproduktes auf sich vereinigte und von deren Rohstofflieferungen darüber hinaus alle Mitgliedsländer abhängig waren.⁵ Eine Leitungsfunktion innerhalb des RGW, vergleichbar mit den anderen Bereichen, können Untersuchungen aber kaum stützen – im Gegenteil: In der wissenschaftlichen Debatte wird oft die fehlende Durchsetzungs- und Gestaltungskraft der Sowjetunion im RGW unterstrichen.⁶

2 Stone, *CMEA's International Investment Bank*, S. 49.

3 Als Paradebeispiel kann hier Vladislav Zuboks „A failed Empire“ von 2007 angeführt werden, das sich größtenteils auf die sowjetische Politik der atomaren Abschreckung und die Deutschlandpolitik konzentrierte. Zubok, *A Failed Empire*.

4 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen; alle sind damit selbstverständlich gleichberechtigt angesprochen.

5 Zwass, *Der RGW*, S. 2.

6 Hinzuweisen ist hier beispielsweise auf Randall W. Stone, der feststellte, dass Entscheidungen der Sowjetunion auf den unteren Ebenen stets relativiert wurden und deren Umsetzung somit verhindert werden

Wenngleich nicht in Abrede zu stellen ist, dass die UdSSR ihre osteuropäische Einflussphäre wirtschaftlich dominierte, so birgt die einseitige Betrachtung der sowjetischen Machtausübung die Gefahr, von einer Historisierung der Intra-Blockbeziehungen abzusehen und eine ganze Region zum bloßen Opfer oder Objekt sowjetischer Machtpolitik zu marginalisieren.⁷ Moskau übte zwar vor allem unter Iosif Stalin zweifelsohne eine Herrschaft über den Raum aus, wie etliche Abhandlungen überzeugend darstellen. Allerdings suggeriert dieses Etikett, dass die Sowjetunion den Raum unter Stalin in der gleichen Weise kontrollierte wie unter seinen Nachfolgern. Auch hilft die bloße Feststellung der sowjetischen Dominanz nicht dabei, Phänomene zu verstehen, wie die Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen der Sowjetunion und den restlichen Blockmitgliedern von einem Ausbeutungsverhältnis durch Moskau, hin zu einer Subventionierung, wie sie in vielen Publikationen festgestellt wurde. Spätestens ab 1956, so ist man sich in der jüngeren Forschungsliteratur einig, waren die RGW-Wirtschaftsbeziehungen nicht mehr gekennzeichnet durch eine Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum. Das Bild begann sich viel mehr zu Gunsten der Peripherie zu wandeln. Aber wenn die Sowjetunion in dem Raum eine umfassende Herrschaft ausübte, wie konnte es dann sein, dass wir wirtschaftliche Verhältnisse erkennen können, in denen faktisch umgekehrt die Peripherie das Zentrum „ausbeutete“? Durch das altbewährte Paradigma der sowjetischen Durchherrschaft des Raumes ist dies nicht erklärbar, denn es definiert die Konstituierung der Herrschaft nur militärisch und politisch, nicht aber wirtschaftlich. So werden wichtige Änderungen in den Intra-Blockbeziehungen, die im Ökonomischen wesentlich wirkungsmächtiger wurden, schlichtweg übersehen. Die sich ändernden Verhältnisse in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden allzu oft marginalisiert oder gar ignoriert. Über der Bemühung aufzuzeigen, wie gesellschaftliche, ideologische und allem voran politische Prozesse auf die Wirtschaft eingewirkt haben, wird gerne vergessen, dass dies nie nur eine Einbahnstraße war. In einer zutiefst politisierten Gesellschaft wie dem Sozialismus kann es keine Trennung zwischen dem Politischen, dem Ökonomischen und dem Sozialen geben. Daraus resultiert die Notwendigkeit, auch die ökonomischen Beziehungen auf ihre politische Dimension hin zu untersuchen.

Nicht nur im wirtschaftlichen Bereich handelte es sich zumindest ab den 1960er Jahren nicht mehr um eine monolithische Herrschaftsstruktur nach Vorbild Komintern und Kominform. Vielmehr fand offensichtlich ein Prozess der Internationalisierung statt.⁸ Darüber, wie dieser vonstattenging, ist noch zu wenig bekannt.

konnte; Stone, *Satellites and Commissars*. Ähnlich sah es auch Gerd Herzog; Herzog, *Schwäche als Stärke*. Auch Ahrens sah den Spielraum der Sowjetunion eingeschränkt; Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe*, S. 107. ⁷ Babiracki, *Interfacing the Soviet Bloc*, S. 379–380; Borhi, *We Hungarian Communists are Realists*, S. 1. ⁸ Wie aktuell diese Fragen sind, zeigt ein erst kürzlich veröffentlichter Beitrag, der sich diesen widmete: Crump/Godard, *Reassessing Communist International Organisations*, S. 88. Auf die Rückkehr zu „traditionellen diplomatischen Mitteln“ nach Stalins Tod wird aber schon länger hingewiesen. Siehe zum Beispiel: Stykalin, *Rukovodstvo KPSS; Central'no-Vostočnaja Evropa*, Bd. I, S. 375.

Gerade bei all der Dominanz, die die Sowjetunion fraglos über den Raum ausübte, lohnt es, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, um zu ergründen, wie sehr die Sowjetunion die „Satellitenstaaten“ zu beeinflussen vermochte und welche Freiräume sich innerhalb der Beeinflussung ergaben.

Das wirft die Frage der historischen Einordnung der wirtschaftlichen Intra-Blockbeziehungen und seiner institutionellen Manifestation, dem RGW, auf. Bisherige Forschungen haben die RGW-Beziehungen meist unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Integration analysiert. Integration ist nach Jozef M. van Brabant „a process aimed at the leveling up of differences in relative scarcities of goods and services by the conscious elimination of barriers to trade and other forms of interaction between at least two different states“.⁹ Es herrscht Konsens darüber, dass diese Integration trotz mehrmaliger Anläufe gescheitert ist, weshalb unter einer solchen Fragestellung kaum ein Mehrwert zu erwarten ist. Auch diese Arbeit sieht hier keinen Forschungsbedarf. Der Stand, das Niveau, die Probleme und Schwierigkeiten der Integration sind in der Literatur bereits zur Genüge diskutiert worden. Außerdem wird dabei die Debatte auf eine Frage konzentriert, in der Gewissheit wohl nie erreicht werden kann. Wie unten noch ausgeführt wird, weist die statistische Datengrundlage viele Probleme auf, so dass deren Aussagewert stark eingeschränkt ist. Für diese Arbeit ist eine solche Fragestellung deshalb nicht ausreichend, da wichtige Aspekte der Beziehungen innerhalb des RGW unbeleuchtet bleiben und auf einen bloßen Vergleich mit der Integration westlicher Volkswirtschaften beschränkt werden. Die Beziehungen im RGW lassen sich nur sehr unzureichend mit den Normen und Ideen der westlichen Welt fassen. Wie Zhihua Shen und Danhui Li zu den sino-sowjetischen Beziehungen treffend feststellen, zeigten die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten einige Merkmale, die man als irrational verstehen könnte, wenn man sie mithilfe traditioneller Theorien interpretiert.¹⁰

Hier wird stattdessen versucht, die Entwicklung des RGW dezidiert historisch zu fassen. Dabei kommen Historiker kaum umhin, sich mit einem zentralen Begriff auseinanderzusetzen, der in einigen Publikationen – mitunter unkritisch – zur Beschreibung der Herrschaftsstrukturen herangezogen wird: das Imperium. Seine Verwendung geht schon auf Zeitgenossen zurück. Diese Charakterisierung verweist auch auf ein nicht zu unterschätzendes Problem in der Verwendung des Begriffs in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur. Häufig geschieht dies ohne Definition, oft erfolgt sein Gebrauch sogar eher politisch, beispielsweise, um die Herrschaftsausübung Moskaus über die Region zu verurteilen.¹¹ Es gibt jedoch auch Arbeiten, die sich bereits wissenschaftlich mit der Frage auseinandergesetzt haben, ob es sich bei den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihrer Einflussosphäre in Osteuropa überhaupt

⁹ Brabant, *Socialist Economic Integration*, S. 5–6.

¹⁰ Shen/Li, *After Leaning to One Side*, S. 249–250.

¹¹ Zur negativen Konnotation des Begriffs, siehe z. B.: Raffass, *The Soviet Union*, S. 202.

um imperiale Strukturen handelte. Da diese Frage meist positiv beantwortet werden konnte,¹² wird in der vorliegenden Arbeit als Grundannahme vorausgesetzt, dass es sich bei den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Einflussphäre um imperiale Strukturen handelt.

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass es fruchtbar ist, die wirtschaftlichen Beziehungen im RGW – also in der sowjetischen Einflussphäre – als einen wichtigen Aspekt des imperialen „Innenlebens“ näher zu beleuchten. Schließlich hat auch ein Imperium nicht nur eine militärische und politische Seite, sondern auch eine ökonomische.¹³

Zum Einen erlaubt es dieser Blickwinkel, Fragen zu stellen, die in der Integrationsdebatte nicht gestellt werden und die Herrschaftsstrukturen und die damit verbundenen Aushandlungsprozesse in den Mittelpunkt zu rücken.¹⁴ Zum Anderen wird auf diese Weise ein wichtiger Beitrag in der Debatte um das sowjetische Imperium geleistet. Ein neues Licht auf den RGW und die sowjetische Rolle innerhalb dieser Organisation zu werfen hilft, die Dynamiken des sowjetischen Imperiums in Osteuropa zu verstehen. Damit kann unser Bild der Machtverhältnisse im „Ostblock“ wesentlich erweitert werden, da man um dies zu erreichen die oben erwähnten Widersprüche auflösen und ein Gesamtbild sowjetischer Herrschaft im Ostblock schaffen muss. Erst ein um diese wirtschaftliche Seite erweitertes Gesamtbild lässt belastbare Aussagen über das Wesen des sowjetischen Imperiums in Osteuropa zu. Reduziert man diese umgekehrt nur auf die politische und militärische Herrschaft, läuft man Gefahr, wichtige Charakteristika des sowjetischen Imperiums zu übersehen.

Es soll an dieser Stelle explizit betont werden, dass es nicht die Intention der vorliegenden Arbeit ist, den RGW auf seine imperialen Funktionen zu reduzieren. Die Wirtschaftsbeziehungen standen – und das sieht auch diese Arbeit so – in der Ratsarbeit stets im Vordergrund. Idee und Ansatz dieser Arbeit ist es vielmehr, mithilfe der Aushandlungsprozesse innerhalb des RGW Fragen nach den imperialen Verhältnissen stellen zu können.

Die vorliegende Arbeit fragt somit explizit nach den Binnenstrukturen des RGW, um das imperiale Innenleben von seiner wirtschaftlichen Seite aus zu verstehen. Über diese ist bislang noch viel zu wenig bekannt: Von welcher Art war das sowjetische Imperium, wenn wir seine wirtschaftliche Seite in unser Verständnis miteinschließen? Können seine Herrschaftsstrukturen mit anderen Imperien in Bezug gesetzt werden? Welche Modi Vivendi entwickelten sich in der RGW-Zusammenarbeit und

12 Siehe hierzu z. B. Kapitel VI: Der Preis des Imperiums, in: Plaggenborg, *Experiment Moderne*. Ebenfalls: Adomeit, *Imperial Overstretch*. Dagegen siehe z. B.: Reisinger, *Energy and the Soviet Bloc*, S. 14.

13 Osterhammel, *Imperialgeschichte*, S. 221.

14 Dem widerspricht William M. Reisinger, da der Begriff Imperium in seinem Verständnis „the politics of Soviet-East European relations“ von vornherein ausschließt: Reisinger, *Energy and the Soviet Bloc*, S. 14. Wie im Unterkapitel zum Begriff Imperium noch erörtert wird, geht die vorliegende Arbeit jedoch davon aus, dass Aushandlungsprozesse ein wichtiger Bestandteil imperialer Beziehungen sind.

über welche Mittel verfügte das „imperiale Zentrum“, um auf seine „Peripherie“ einzuwirken? Welche Aushandlungsprozesse konnten sich, vor dem Hintergrund der sowjetischen Dominanz, herausbilden? Auf welchen Gebieten fanden die größten politischen Auseinandersetzungen innerhalb des RGW statt? Wie konnten Konflikte gelöst werden, die im Spannungsfeld von nationaler Planung und multilateraler Integration auftraten? Welchen Stellenwert vermochten die „Satellitenstaaten“ in den Binnenstrukturen, Diskussionen und Konflikten einnehmen? Welche Strategie und welcher Strategiewandel lassen sich in der sowjetischen RGW-Politik erkennen? Welche Folgen hatte die Plankoordination für die Sowjetunion und wie wurden diese wahrgenommen? Ist der „Ostblock“ in der Tat in wirtschaftlicher Hinsicht als Gegenteil der politischen und militärischen Strukturen zu beschreiben? Oder anders gefragt: Was war an den ökonomischen Beziehungen im „Ostblock“ zehn oder zwanzig Jahre nach Stalins Tod (noch) imperial? Ob sich diese Fragen mit dem Begriff „Imperium“ besser beantworten lassen, und ob sich mit ihm die Widersprüchlichkeit zwischen wirtschaftlicher und politisch/militärischer Sphäre konzeptionell fassen lassen, soll diese Arbeit klären.

Das führt zu einer ersten These: Diese Arbeit geht davon aus, dass der Stalinismus genauso strukturgebend für das osteuropäische Imperium der Sowjetunion war wie für die Sowjetunion selbst. Daraus folgt, dass auch innerhalb des RGW der Stalinismus eine entscheidende Rolle gespielt hatte und wichtige Weichen in dieser Zeit gestellt wurden, die seine Zukunft maßgeblich beeinflussten. In den meisten Darstellungen wurde der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in der stalinistischen Periode als Papiertiger dargestellt, der kaum eine Bedeutung hatte. Das wirft zumindest die Frage auf, warum sich der Rat in der Zeit des Stalinismus so penibel an die Beachtung der Souveränität gehalten haben soll, wenn sie doch überall sonst missachtet wurde, und wie wichtige Weichen der wirtschaftlichen Kooperation im RGW bereits im Stalinismus gestellt werden konnten, wenn der Rat doch in dieser Zeit inaktiv war? Die vorliegende Arbeit stellt sich die Aufgabe, diese Widersprüche zu lösen. Sie wird aufzeigen, dass der RGW im Stalinismus ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses der Strukturgebung im osteuropäischen Imperium der Sowjetunion war und damit den Raum imperial mitformte.

Eine zweite These ist, dass trotz der Kontinuitäten der ersten stalinistischen Jahre, die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des RGW auch ein wichtiger Bestandteil der Geschichte der Entstalinisierung sind. Nach Stalin änderte sich die Zusammenarbeit grundlegend, oft wurde sogar davon gesprochen, der RGW habe erst ab 1954 seine eigentliche Arbeit aufgenommen. Die „internationale sozialistische Arbeitsteilung“ musste neu konzipiert werden. Die Etablierung der Ständigen Kommissionen und die Aushandlung eines neuen Preisbildungssystems sind zwei Beispiele für diese Entwicklung. Die vorliegende Arbeit verfolgt die These, dass die poststalinistischen Reformen die wirtschaftliche Zusammenarbeit im RGW nachhaltig verändert haben. Allein diese Veränderungen mündeten eben nicht zwingend in eine bessere Integration, wohl

aber in eine Neuordnung der imperialen Beziehungen.¹⁵ Diese Neuordnung, so wird die vorliegende Arbeit zeigen, führte zu einer Änderung des Wesens der imperialen Macht innerhalb des RGW. An die Stelle eines quasi formalen Imperiums traten nun die Wesenszüge eines „informal empire“. An die Stelle einer direkten Kontrolle trat eine „konsultative Anleitung“ der Bruderparteien. Dies schuf aber auch Platz für Dissens innerhalb des RGW, weshalb für die Zeit nach Stalin für das imperiale Zentrum Strategien zur Bildung und Beeinflussung eines Konsenses innerhalb des RGW zentral wurden. Auf diese Entwicklung von einem formalen, hin zu einem informalen Imperium, das seinen Einfluss über die Bildung und Beeinflussung von Konsens unter seinen Mitgliedern erreicht, spielt auch der Titel der vorliegenden Arbeit an. Da der Begriff „Konsensimperium“ auch bereits im Zusammenhang mit der Gründung der NATO verwendet worden ist, ist es notwendig, den Begriff für diese Arbeit einzugrenzen.¹⁶ „Konsensimperium“ soll hier verstanden werden, als eine Art der „kollektiven Führung“, die nach Stalins Tod begann sich im RGW herauszubilden. Gleichwohl sollten die Möglichkeiten eines Mitwirkens an der Konsensbildung der Führer der „Satellitenstaaten“ nicht überinterpretiert werden. Die sowjetische Leitung dominierte bei aller „Demokratisierung“ auch noch am Abschluss des Wandels, beschränkte sich aber nun auf für die Sowjetunion wichtige Punkte. Die imperialen Gestaltungsmöglichkeiten schränkten sich hierdurch ein.

Dieser Strategiewechsel infolge der Wandlung imperialer Macht, war Gegenstand komplexer Aushandlungsprozesse, die sich über mehrere Jahre hinzogen. In der Brežnev-Zeit fand er seine Verstetigung. Diese Veränderungen imperialer Strukturen innerhalb des RGW zu beschreiben und historisch einzuordnen, ist die Hauptaufgabe der vorliegenden Arbeit.

Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf zwei Aufgaben: Erstens soll die Untersuchung deutlich über die zur Genüge analysierten Absichtserklärungen wie den „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ (1962) und dem „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“ (1971) ausgeweitet werden; dafür werden anhand eines großen Quellenkorpus die ökonomischen wie politischen Beziehungen des RGW von der Stalin-Periode bis in die Brežnev-Zeit möglichst detailliert herausgearbeitet. Zweitens sollen die Ergebnisse der Untersuchung aus einer imperialen Perspektive heraus bewertet werden. Im Mittelpunkt steht somit das Bestreben, mithilfe einer tiefgreifenden Analyse der wirtschaftlichen Aushandlungsprozesse

¹⁵ Da die bisherige Literatur zum RGW sich vor allem auf die Probleme der Integration konzentriert, kommen Fragen nach den Änderungen der Herrschaftsstrukturen innerhalb des RGW bisher zu kurz. Zwar findet man vereinzelt Forschungen, die sich diesem Thema gewidmet hatten, hinzuweisen sei hier z. B. auf Vlad Sobell, jedoch wird meist nur konstatiert, dass es zu einer Änderung in der Herrschaftsstruktur kam. Wie und warum dies geschah, wird kaum ausgeführt: Sobell, *The CMEA in Crisis*.

¹⁶ Gersdorff, *Die Gründung der Nordatlantischen Allianz*, S. 485.

ein neues Verständnis des „Sowjetimperiums“ zu erhalten, das nicht mehr allein auf politischen und militärischen Beherrschungskategorien gründet.

Als zeitlicher Rahmen ist der Zeitraum zwischen 1949 und 1971 gesetzt. Zum einen fallen sowohl die Gründung des RGW sowie die institutionelle Neugestaltung in den 1950ern und 1960ern in diese Zeit. Zum anderen stößt die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre an die Grenzen eines extensiven Wirtschaftswachstums, was zu einem gewissen wirtschaftlichen Umdenken führte, welches sich auch auf die Zusammenarbeit im RGW auswirken musste. Auch fällt in diese Phase die Ausarbeitung des „Komplexprogrammes“, das durch die liberalen Standpunkte von Staaten wie Polen oder Ungarn bei seiner Erarbeitung nochmals wichtige Informationen über die Konfliktlösungsprozesse innerhalb des RGW liefern kann. Die Begrenzung der Untersuchung auf den Beginn der 1970er Jahre folgt dabei auch pragmatischen Gründen, da eine Ausweitung der Analyse der Reformdiskurse im RGW bis in die Gorbachev-Zeit den Rahmen dieser Arbeit deutlich sprengen würde. Außerdem sind die meisten Quellen nur bis Ende der 1960er Jahre zugänglich, weshalb das Ausgangsmaterial für eine weiter gefasste Analyse fehlt. Es steht aber auch zusätzlich fest, dass mit dem Prager Frühling der Gestaltungseifer der Sowjetunion stark abnahm und somit zumindest die Ausweitung des Untersuchungszeitraumes auf die gesamte Brežnev-Zeit kaum einen erkenntnistheoretischen Mehrwert verspricht. Randall W. Stone konnte in seiner Ausarbeitung bereits zeigen, dass die Wirkung der verbleibenden Reformversuche unter Leonid Brežnev zu vernachlässigen waren.¹⁷

Die vorliegende Arbeit gliedert sich im Wesentlichen in vier Hauptkapitel. Das erste Kapitel widmet sich der Gründung des RGW unter Stalin und legt dabei besonderes Augenmerk auf die inneren Strukturen des RGW im Kontext imperialer Macht.

Das zweite Kapitel untersucht die Auswirkungen der Entstalinisierung der ersten Jahre nach Stalins Tod auf den RGW. Diese Zeit wird in der Forschung meist (wenn überhaupt) in ein oder zwei Absätzen abgehandelt. In der vorliegenden Arbeit steht diese Zeit aber im Zentrum, da, wie in diesem Kapitel herausgearbeitet wird, die UdSSR ihre neue Position innerhalb des RGW in dieser Periode zu finden beginnt. Dies wird die gesamte weitere Geschichte des Rates prägen.

Kapitel Drei setzt sich mit den Versuchen Chruščevs auseinander, die Folgen der Entstalinisierung im RGW zu begrenzen. Da diese auch in der Forschungsliteratur als zentral angesehen werden und gerade Chruščevs Bestrebungen, einen gemeinsamen Plan zu etablieren, über welche oftmals Unsicherheit herrscht, in diese Zeit fallen, ist es wichtig, diese Etappe im Detail zu analysieren.

Das letzte Kapitel widmet sich der Verstetigung der neuen sowjetischen RGW-Politik unter Brežnev, die auf dem Bestreben fußte, stets einen Konsens aller beteiligten Parteien zu finden. Er beleuchtet dabei die Probleme, Überlegungen und internatio-

¹⁷ Stone, *Satellites and Commissars*, S. 148–202.

nen Umständen, die letztlich in das Komplexprogramm mündeten, das als Ausdruck der neuen konsensorientierten imperialen Politik der Sowjetunion verstanden wird.

Am Ende eines jeden Kapitels wird eine Interpretation der historischen Begebenheiten aus einer imperialen Perspektive vorgenommen, um zu ergründen, ob, und wenn ja, wie sich die Art des sowjetischen Imperiums in diesem Zeitabschnitt änderte und welche Folgen sich für den RGW daraus ergaben.

Die Arbeit baut auf einem umfangreichen Quellenkorpus aus mehreren russischen Archiven auf. Neben dem Russischen Staatlichen Archiv für Wirtschaft (RGAË), dem Russischen Staatlichen Archiv (GA RF), dem Archiv für Soziale und Politische Geschichte (RGASPI) wurde auch das Archiv für Neuere und Neueste Geschichte (RGANI) für die Recherche genutzt.

Um auch eine Perspektive der imperialen Peripherie in die Untersuchung einbeziehen zu können, wurde auch in Beständen des Bundesarchivs (BArch) recherchiert.

Allgemein ist die Zugänglichkeit von Aktenmaterial nach wie vor ein großes Problem. Selbst in weitgehend zugänglichen Beständen fanden sich immer wieder auch weiterhin für die Nutzung gesperrte Akten. Als Beispiel sei hier auf den Bestand der ständigen Vertretung der UdSSR beim RGW (RGAË F. 302) verwiesen, wo die Akten der 1950er Jahre nach wie vor unzugänglich sind. Auch der größte Teil des Aktenmaterials aus dem RGANI war in der Recherchephase zu dieser Arbeit noch unter Verschluss und wurde erst nach Fertigstellung des Manuskriptes zugänglich gemacht, weshalb sie nur ergänzend Beachtung fanden. Hier sind vor allem Fond 10 „Internationale Beratungen und Verhandlungen mit kommunistischen und Arbeiterparteien, Regierungsverhandlungen“ sowie Fond 5 „Apparates des ZK der KPdSU“ zu nennen, wo sich unter anderem eine Abteilung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern befand.

Für die Recherche wurde vom Russischen Staatlichen Archiv für Wirtschaft Zugang zu den Akten des ehemaligen RGW-Archives gewährt (RGAË F. 561). Dieses konnte aufgrund mangelnder finanzieller Mittel bisher noch nicht in den Bestand des RGAË integriert werden und ist deswegen nur begrenzt zugänglich. Da es sich jedoch bei den RGW-Protokollen um reine Ergebnisprotokolle handelt, in denen unterschiedliche Meinungen nur in Ausnahmefällen aufgenommen wurden, blieb der Erkenntnisgewinn aus diesem Archiv leider gering.

Für die Zeit des Stalinismus waren hingegen die Akten des Russischen Staatsarchivs für Sozio-Politische Geschichte RGASPI sehr ergiebig, welches trotz des irreführenden Namens das Archiv der Geschichte des Sozialismus in der UdSSR ist und einen deutlichen Schwerpunkt auf den Stalinismus aufweist. Hier wurde vor allem die persönlichen Fonds Vjačeslav Michajlovič Molotovs (F. 82) und Anastas Ivanovič Mikojans (F. 84) für diese Arbeit ausgewertet.

Der unzureichende Zugang zu einem Großteil von mitunter für diese Arbeit überaus wichtigen russischen Aktenbeständen gestaltete die Archivrecherche wesentlich umständlicher als anfangs erhofft. Einige der Lücken konnten jedoch durch Akten des

Bundesarchives geschlossen werden. Hier waren die Akten des Büros Walter Ulbricht (BArch DY 30/3288–3754) besonders hilfreich, da hier unter anderem große Teile der Akten der Beratungen der Führer der sozialistischen und Arbeiterparteien sowie eine ganze Reihe von Berichten zu RGW Tagungen aufgefunden werden konnten.

Ein weiterer Glücksfund waren erst zum Zeitpunkt der Archivrecherche freigegebene ehemals geheime Akten der sowjetischen Staatlichen Planungsstelle (Gosplan). Der Gosplan-Fond (RGAË F. 4732) ist mit seinen über 82.000 Akten ein sehr umfangreicher Bestand, wobei sich der wirklich informative Teil der Akten auf wenige Opisi (Opis' 11, 75–77, 79–81) geheim gehaltener Akten beschränkt. Ein Großteil dieser Aktenbestände ist nach wie vor geheim. Insbesondere unterliegen jene Bereiche der Geheimhaltung, die die inneren Wirtschaftsangelegenheiten betreffen. Jedoch wurde der Teil der Akten, die einen Schwerpunkt auf die Außenwirtschaft aufweisen, bereits freigegeben und stellen eine enorm wichtige Datengrundlage für diese Arbeit dar. In diesen Akten fanden sich nicht nur viele, manchmal deutlich kritischere Berichte, hier fanden sich auch einige sowjetischer Reden und Direktiven für die Beratungen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien, RGW-Sitzungen und Handelsverhandlungen.

2. Methodische Probleme

Sozialistische Statistiken

Bei einem wirtschaftshistorischen Thema wie dem RGW-Handel liegt die Versuchung nahe, Zahlen ausfindig zu machen, um zu „messen“, wie gut oder schlecht die wirtschaftliche Kooperation funktionierte. Bei sozialistischen Wirtschaftssystemen ist man hierbei jedoch mit einem Problem konfrontiert: Preise entwickelten sich beispielsweise vor allem als Instrument zur politischen Einflussnahme und wurden administrativ gesetzt. Informationen über Knappheiten und Qualität wurden dadurch kaum mehr widerspiegelt, was eine wichtige Funktion von Preisen als Signal- und Informationsmittel stark einschränkte. In der Literatur wird deswegen von „gestörten“ Preissystemen in sozialistischen Ländern gesprochen, was sicher seine Berechtigung hat, jedoch auch ein Stück weit suggeriert, dass westliche Preise frei jeder „Störung“ wären. Die Möglichkeit mit sozialistischen Statistiken zu arbeiten, ist somit durch die ungleich höhere Verzerrung gegenüber westlichen Statistiken deutlich eingeschränkt. Hinzu kam eine gewisse Tendenz des real existierenden Sozialismus zum statistischen „Schönen“.¹⁸

18 Khlevniuk, *The Economy of Illusions*, S. 176; Steiner, *Probleme mit der DDR-Statistik*, S. XV.

Auch Statistiken innerhalb des RGW sind nicht unproblematisch, weil der Außenhandel innerhalb des RGW eine Schnittstelle zwischen den stark abweichenden einzelnen „gestörten“ Preissystemen herstellte. Außenhandelspreise orientierten sich am Weltmarkt und standen in keinerlei Zusammenhang mit den Inlandspreisen.¹⁹ Mag der einfache Vergleich zwischen Import- und Exportdaten noch möglich sein, so birgt die Umrechnung nationaler Statistiken in Transferrubel ein hohes Maß an Willkür.

Diese Probleme bestanden auch schon für zeitgenössische Wirtschaftsexperten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Durch die „gestörten“ Preise der sozialistischen Staaten waren sich selbst sozialistische Funktionäre im Klaren darüber, dass ein Vergleich volkswirtschaftlicher Zahlen zwischen den sozialistischen Staaten schwer bis kaum möglich war. Die vergeblichen Anstrengungen, die unternommen wurden, um dies zu ändern, werden in dieser Arbeit thematisiert.

Auch der Vergleich mit kapitalistischen Staaten war und ist problematisch. Noch während der Sozialismus existierte, versuchten westliche Wirtschaftswissenschaftler, mithilfe von umfangreichen Formeln die Zahlen der Außenhandelsstatistiken in weltmarktgängige Währungen zu konvertieren. Je nach gewählten Formeln konnten jedoch die Ergebnisse erheblich von einander abweichen. Dass es hierbei nicht nur um kleinere Abweichungen, sondern um deutliche Schwankungen in den resultierenden Ergebnissen handelt, belegt Ralf Ahrens am Beispiel ostdeutscher Exportzahlen für 1988, die zwischen 16 und 32 Mrd. Euro variieren.²⁰ Allein diese wenigen Hinweise zeigen, wie sehr das Thema der sozialistischen Statistik Verunsicherungen hervorruft.²¹

Trotz all dieser Schwierigkeiten versuchen Wissenschaftler bis heute Formeln zu erstellen, um das Problem sozialistischer Statistiken in den Griff zu bekommen. Es ist dabei wichtig zu akzeptieren, dass es sich dabei nur um Versuche handeln kann, sich mithilfe von Formeln einer vermeintlichen Korrektheit anzunähern. Jedes vorgeschlagene Faktorensystem muss damit zwangsläufig eine Interpretation bleiben, die mit anderen Herleitungen in Konkurrenz um ihren Wahrheitsanspruch stehen wird, da es keine Möglichkeit gibt, einen endgültigen Beweis zu erbringen. Ja, selbst wenn man annimmt, dass all die statistischen Probleme lösbar seien, bleibt festzustellen, dass sich mit einer Rekonstruktion statistischer Werte der eigentliche Sinn der „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ kaum darstellen lässt, da es sich nicht um Gewinn maximierende Außenwirtschaftsbeziehungen im westlichen Sinn gehandelt hatte. Des Weiteren ist zu fragen, was an Erkenntnis gewonnen ist, wenn man eine Bevorzugung der einen oder anderen Seite herausarbeiten könnte, wenn diese aber von den Akteuren entweder nicht gesehen oder gar gegenteilig wahrgenommen wurde. So ermittelten beispielsweise Michael Marrese und Jan Vanous für 1962 bereits eine

19 Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe*, S. 53.

20 Ebd., S. 54.

21 Verwiesen sei an dieser Stelle auf das bereits zitierte Werk von Ralf Ahrens, der dem Thema ein ganzes Kapitel gewidmet hat. Ebd.

versteckte sowjetische Subvention – die DDR diskutierte in diesem Jahr intern jedoch darüber, ob nicht eventuell zumindest sie bei den Importen von der UdSSR benachteiligt werde.²²

Diese Probleme betreffen allerdings nicht nur auf Geldwerten basierende Statistiken. Auch andere Angaben sind kritisch zu hinterfragen – als Beispiel sei hier etwas ausführlicher auf Angaben zur Spezialisierung verwiesen. In den für die vorliegende Arbeit herangezogenen Quellen werden immer wieder Erfolgszahlen angegeben, die beweisen sollten, wie gut die Ratsarbeit funktionierte. Eine davon ist die Zahl der „spezialisierten“ Produkte, also wie viele Waren Gegenstand der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung waren und damit vornehmlich in einem oder mehreren Ländern für den gesamten RGW-Raum produziert wurden. Diese Zahlen haben auch Einzug in einige – vornehmlich russische – Abhandlungen zum RGW genommen. Oleg Širokov spricht deswegen beispielsweise von einem „tiefgreifende[n] Wachstum der Spezialisierung zwischen den Ländern des Rates in diesen Jahren [1960er; E. R.]“ und führt hierfür die über 2.000 Typen von Maschinen und Ausrüstungen und die 2.200 Typen chemischer Erzeugnisse an, welche im RGW bereits in den 1960ern spezialisiert waren, was immerhin schon 2 bis 6 % der gehandelten Warenarten umfasste.²³ Michail Lipkin, Professor der Russischen Akademie der Wissenschaften, konstatiert – ebenfalls unter Berufung auf Širokov – einen wirtschaftlichen Erfolg des RGW in der Durchsetzung der Spezialisierung.²⁴ Auch Pál Germuska geht für den Verteidigungssektor von über 60 % an spezialisierten Exporten aus.²⁵ In diesen Fällen wird Spezialisierung nicht selten in einem westlichen Sinn als Herausformung eines technischen Vorsprungs aufgrund der Konzentration der Produktion auf einen bestimmten Bereich verstanden. Innerhalb des Rates selbst redete aber zum Beispiel der tschechoslowakische RGW-Vertreter offen darüber, dass „spezialisierte“ Produkte sich allzu oft nicht von anderen Produkten unterschieden, da ihre Produktion nicht intensiviert werden konnte, weil zu viele Länder dieses Produkt nach wie vor herstellten:

Was den allgemeinen Einfluss der Spezialisierung auf unsere Volkswirtschaften angeht, so bleibt dieser zu unbedeutend. Die durchschnittliche Seriengröße der Maschinenbauproduktion nahm durch den Einfluss der Spezialisierung nicht zu, da die Durchführung einer Spezialisierung nach wie vor die Anzahl der Erzeugerländer nicht verringert, sondern im Gegenteil in einigen Fällen sogar eine Ausweitung stattfand. Man kann nicht einmal von einer wesentlichen Einengung des Assortiments des tschechoslowakischen Maschinenbaus sprechen; die ČSSR war sogar nicht selten gezwungen, die Herstellung von Produkten wieder aufzunehmen, die in anderen Ländern hätten spezialisiert werden sollen.

22 Ebd., S. 82 f.

23 Širokov, *SEV v mirovoj ekonomike*, S. 58–59.

24 Lipkin, *Sovetskij Sojuz i integracionnye processy* (2016), S. 432.

25 Germuska, *Unified Military Industries*, S. 136.

Dieser unbefriedigende Zustand hält an, obwohl die ČSSR in bedeutendem Maße den Import von Maschinen und Ausrüstungen aus den RGW-Mitgliedsländern ausweitet [...].²⁶

Nicht jedes Produkt, das der RGW als „spezialisiert“ beschloss, war auch automatisch Ziel höherer Investitionen und Forschungsanstrengungen. Bereits Michael Garmanikow wies darauf hin, dass es mehr als eine Methode gab, ein Produkt zu spezialisieren. Er unterschied zwischen einer weitreichenden wirtschaftlichen Spezialisierung und einer rein technischen. Während die wirtschaftliche Spezialisierung dazu führen würde, dass das Land mit den geringsten Produktionskosten die gesamte Produktion einer Ware übernehmen würde, wurde bei der technischen Spezialisierung – unabhängig von einer rationalen Basis – die Entscheidung in bürokratischen Verhandlungen getroffen. Bei letzterer würden, so Garmanikow, des Weiteren nur Unterkategorien von Waren spezialisiert. Bemerkenswert ist, dass er der technischen Spezialisierung noch eine Wirtschaftlichkeit durch die Massenproduktion einräumte. Jedoch ist selbst dies anzuzweifeln, da Investitionen nicht automatisch getätigt wurden, um die Stückzahl zu erhöhen oder gar die Produktion zu verbessern, nur weil die Bestellungen aus dem RGW-Raum zunahmen. Es gab vielmehr verschiedene Strategien, um Investitionen zu vermeiden. Meist wurden in den entsprechenden Betrieben lediglich die Normen erhöht und zusätzlich Schichten eingerichtet oder es wurde am Verbrauch innerhalb des Landes gespart. Von einer Wirtschaftlichkeit, die Garmanikow der technischen Spezialisierung noch einräumte, konnte in diesen Fällen keine Rede sein.²⁷

Dass „Spezialisierungen“ allzu oft auf bereits vorhandenen Möglichkeiten basierten, wurde auch unter den RGW-Mitgliedern offen kritisiert, wie folgendes Zitat aus einem Gespräch zwischen sowjetischen und tschechoslowakischen Vertretern der jeweiligen Planungskommissionen zeigt:

Die Plankoordination, wie sie gerade durchgeführt wird, stellt keine Grundlage für eine Zusammenarbeit dar. In die langfristigen Abkommen werden nur Lieferungen eingeschlossen, die auf bereits existierende Möglichkeiten basieren. Die Koordination von zukünftigen Möglichkeiten hat sich in einer Reihe von Fällen als objektiv nicht möglich herausgestellt.²⁸

Mehr noch, Vertreter des RGW sprachen innerhalb des Rates mitunter sogar offen an, dass die offiziellen RGW-Statistiken einen viel zu optimistischen Blick auf die wirt-

²⁶ *Pis'mo i teksty vystuplenij učastnikov XIX sessii Soveta po voprosam povestki dnja sessii* (1965). RGAĖ F. 561. Op. 47s. D. 2, l. 1–125, l. 93.

²⁷ Garmanikow, *COMECON heute*, S. 8; Kornai, *Das sozialistische System*, S. 406; Ribi, *Das COMECON*, S. 235f.

²⁸ *Iz zapisi besedy t. Pekševa Ju. A. s t. Stranskim F.* (1965). RGAĖ F. 4372. Op. 81. D. 1358, l. 100–110, l. 106.

schaftliche Entwicklung des Raumes hatten und dass das sogar zu ungewollten Forderungen der Entwicklungsländer gegenüber den Ratsmitgliedern führen könnte.²⁹

In einem solchen Fall überhaupt von Spezialisierung zu sprechen, wäre falsch.³⁰ Eine Spezialisierung sollte als ein Anstieg des Exports aufgrund erhöhter Investitionen verstanden werden, also als eine wirtschaftliche Spezialisierung, wie es Garmanikow nannte. Der überwiegende Teil der spezialisierten Waren ist wohl somit eher – wenn überhaupt – als eine Etablierung eines Kartells bestimmter Länder innerhalb der Produktion eines Produktes zu verstehen. Ähnlich wie Kartelle im Kapitalismus führten auch die „Spezialisierungsabsprachen“ eher zu einer Verhinderung der Effizienzerhöhung und Produktmodernisierung, als dass sie sie begünstigt hätten. Die RGW-Statistiken über die Spezialisierung geben entsprechend kaum brauchbare Information über die Spezialisierungstendenzen im RGW. Der Aussagewert von Statistiken im RGW-Raum zur Spezialisierung ist demgemäß stets kritisch zu betrachten und keinesfalls unreflektiert verwendbar.³¹

Bei aller inhaltlichen Kritik an den sozialistischen Statistiken – sie sind oftmals die einzige verfügbare Quelle. Bei einer entsprechenden Quellenkritik können sie zu einem Erkenntnisgewinn beitragen. Auch die vorliegende Arbeit kann sie nicht ignorieren und greift an einigen Stellen auf derartige Statistiken zurück. Auf die Verwendung oder Erstellung größeren „vergleichbaren“ Zahlenmaterials des RGW-Raumes wird bis auf einige wenige Ausnahmen verzichtet. Die Einwände gegen solche „Korrekturen“ sind zu gravierend. Stattdessen wird versucht, sich über andere Fragen dem Thema zu nähern: Worin haben sich die Interessenlagen der sowjetischen und osteuropäischen Entscheidungsträger unterschieden? Wo und wie wurden die RGW-Reformen ausgehandelt? Sie hatten oft ihren Ursprung in der Wahrnehmung weltpolitischer Konstellationen und bargen nicht geringe Konfliktpotentiale, die mitunter – bei aller proklamierten Brüderlichkeit und Einigkeit in der Sache – zu ernststen Auseinandersetzungen über praktische Lösungen existentieller Fragen geführt haben.³²

Kurzum – der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt nicht auf der viel diskutierten Frage, wer wann wen ausgebeutet oder subventioniert hat. Derlei Aussagen stützen sich nicht nur zumeist auf Statistiken von zweifelhafter Qualität, allein mit den Begriffen von angeblich messbarer Subvention und Extraktion sind die sozialistischen Wirtschaftsbeziehungen schlicht nicht zu beschreiben. Die Kooperation ging deutlich über bloße Rohstofflieferungen hinaus. Innerhalb des RGW fanden komplexe Verhandlungen über die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen statt, es wurden

29 Laslo, M., *Zamečanja Vengerskoj storony k proektu Informacii ob ekonomičeskom sotrudničestve stran članov SĚV* (1966). RGAĚ F. 302. Op. 2. D. 351, l. 21–23, l. 21.

30 Garmanikow, *COMECON heute*, S. 8. Zur Problematik der Spezialisierung im RGW und deren zahlreichen Problemen siehe: Steiner, *The Council of Mutual Economic Assistance*, S. 245–255.

31 Siehe hierzu: Brabant, *Economic Integration in Eastern Europe*, S. 280–87.

32 Roesler, *Der Handlungsspielraum der DDR-Führung*, S. 295.

Investitionen in die Rohstoffinfrastruktur durchgesetzt und Technologietransfers ermöglicht. Diese Aushandlungsprozesse haben nicht nur den RGW-Handel tatsächlich mitbestimmt, sie haben auch die Wahrnehmung der jeweiligen Führungselite geprägt. Hier setzt die vorliegende Arbeit an. Sie lenkt mithilfe neuer Fragen den Blickpunkt auf die Handlungsmotivation. Anstatt auf Basis von streitbaren Statistiken „objektive“ Wahrheiten aufzudecken, wird es darum gehen, wie die damalige Lage in den Hauptstädten des RGW eingeschätzt und interpretiert und welche Maßnahmen ergriffen wurden, um darauf zu reagieren. Und, um es nochmals deutlich zu formulieren: Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass das Verhältnis von (nationaler) Volkswirtschaft und supranationaler Wirtschaftsintegration vor allem eine Frage der Wahrnehmung war: Was sich in Moskau als Aufbauhilfe und Integration darstellte, konnte in Warschau, Budapest oder Prag als die Etablierung imperialer ökonomischer Verhältnisse interpretiert werden, im scheinbaren Widerspruch zur gleichzeitigen politischen und ideologischen Gesinnungsgemeinschaft. Es darf als unwahrscheinlich gelten, dass sich die nationale Volkswirtschaftsplanung stets im Einklang mit den wirtschaftlichen Interessen des gesamten „Ostblocks“ (oder der UdSSR) befand. Solche Ansätze standen jedoch selbst noch bei Stones Ausarbeitung im Hintergrund obwohl er als einer der Ersten Zugang zum RGW-Archiv bekommen hatte und eine Reihe Interviews mit Zeitzeugen führen konnte.³³

Die Ausarbeitung der Widersprüche in den Wahrnehmungen und der daraus resultierenden Aushandlungsprozesse innerhalb des RGW wird Gegensätze aufzeigen, die bei der viel beschworenen Einheit im Sozialismus allzu leicht übersehen werden.

Es geht dabei nicht darum, die Geschichte des „Ostblocks“ dialektisch und aus Sicht des Marxismus-Leninismus zu analysieren. Vielmehr soll der Einfluss der Ideologie auf die Entscheidungsträger mit in eine Analyse der Geschehnisse einbezogen werden und damit eine Historisierung der Ereignisse ermöglichen. So schrieb etwa Vladislav Zubok, dass der Aufstand der Ungarn 1956 nur zu verstehen sei, „if we look at them from within the world in which the participants themselves lived and thought“.³⁴ Das trifft nicht nur auf den Volksaufstand in Ungarn zu, sondern allgemein auf die sozialistische Ära in Osteuropa. Auf diese Weise wird man zwar keine „endgültigen Aussagen“ erhalten, aber belastbare Erkenntnisse, die helfen werden, ein Verständnis dafür zu gewinnen, wie Kooperation im „sozialistischen Lager“ im Detail funktionierte.

³³ Zu verweisen ist hier auf seine Argumentation gegen Marrese und Vanous, die er nicht anhand von Archivmaterial führte, sondern mit statistischen Berechnungen: Stone, *Satellites and Commissars*.

³⁴ Zubok, *Look What Chaos*, S. 154.